



ANTIDISKRIMINIERUNGSARBEIT MUSS GESCHÜTZT WERDEN!

Stellungnahme Berliner Beratungsstellen gegen
die Diffamierung der Antidiskriminierungsbeauftragten

Pressemitteilung

Berlin, 11.10.2018. Wir sind erschüttert über das öffentliche Vorgehen gegen die Antidiskriminierungsbeauftragte der Senatsverwaltung für Bildung Saraya Gomis. Seit 2017 stellt sie sich der Herausforderung rassistische Vorwürfe gegenüber der Johanna-Eck-Schule aufzuarbeiten, in die Teile des Kollegiums verwickelt sein sollen. Den Rassismusbeschwerden wurde mit repressiven Mitteln begegnet, so etwa die Organisation einer Affenmasken-Demo vor der Bildungsverwaltung und die Einführung eines „Diskriminierungsspiels“ im Unterricht. Kürzlich legten Lehrer*innen eidesstaatliche Erklärungen vor, in denen sie behaupten, es habe keinen Rassismus an der Schule gegeben.

Für eine **demokratische Gesellschaft** ist es von großer Relevanz, rassistische Verhältnisse aufzuklären und Gegenmaßnahmen zu ergreifen. **Wir fordern Medien auf, den Aufklärungsprozess nicht durch kurzgegriffene Berichterstattung zu unterlaufen; Politik und Verwaltung müssen ihrerseits die Antidiskriminierungsbeauftragte mit allen Mitteln schützen.**

Dies stellt aus unserer Sicht einen typischen Fall von Opfer-Täter*innen-Umkehr dar. Abwehrreaktionen sind unser tägliches Brot, wenn wir Ratsuchende dabei unterstützen gegen Diskriminierung vorzugehen. Meist bedeutet dies gar noch stärkeren Stress als der eigentliche Diskriminierungsvorfall. Abwehr ist für den Erhalt sozialer Ungleichheit zentral: Sie soll verschrecken und Diskriminierte zwingen, still an ihrem Platz zu bleiben. Um dem entgegenzuwirken, **ist es an der Zeit, effektive Schutzmechanismen und präventive Maßnahmen zu entwickeln und umzusetzen.**

Professionalisierte Expertise, die genau versteht, wie alltäglicher und struktureller Rassismus funktionieren, ist für eine effektive Antidiskriminierungsarbeit unerlässlich. Ein **wichtiger Standard qualifizierter Antidiskriminierungsberatung ist etwa Unabhängigkeit.** Weil nicht erwartet werden kann, dass Organisationen oder Personen, denen Diskriminierung vorgeworfen wird, gegen sich selbst ermitteln.

Bündnismitglieder: ADNB des TBB, Amaro Foro e.V., bdb e.V., Berliner Netzwerk gegen Diskriminierung in Schule und Kita (BeNeDiSK), Criminal Law Clinic, Each One (EOTO e.V.), Initiative Schwarze Menschen in Deutschland Bund e.V. (ISD), Inssan e.V., KiDs, Migrationsrat, ReachOut.

Kontakt: Eva Maria Andrades: eva.andrades@tbb-berlin.de, 030 61305328.
Céline Barry: celine.barry@eoto-archiv.de, 030 98324177.